

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
C. Jonlau,
für Jenissei und Bemischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Hassfeld,
sämtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseraten-Theil:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Nr. 253

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, anden auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal. Das Abonnement beträgt vierter jährlich 450 M. für die Stadt Posen, 545 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 13. April.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Grl. Ad. Schles., Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ede, Otto Kickisch, in Kirmen J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annonsen-Expeditionen Adolf Rose, Haarlestein & Vogler A.-G., J. L. Daube & Co., Invalidendank.

1891

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom 11. April, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Ueberentommen gestattet.)

Die zweite Lesung der Landgemeindeordnung wird fortgesetzt bei der gestern abgebrochenen Verhandlung des § 42 (Vorausechungen für Zurückweisung des Gemeinderechts) in Verbindung mit dem Antrag Rickert, welcher allen zum Minimalsteuersatz von 4 Mark veranlagten und nicht bloß den zur Steuer wirklich herangezogenen das Gemeinderecht verleihen will.

Abg. Frhr. v. Huene (Btr.) vertheidigt die Fassung der Kommission, welche den wirklich Steuer zahlenden Gemeindeangehörigen das Gemeinderecht geben will. Man habe diese Beschränkung deshalb aufgenommen, weil auch Nichtangehörige nach dem neuen Gesetz Stimmrecht haben sollen, und es ungerechtfertigt sein würde, diesen das Stimmrecht zu geben, wenn sie nicht wirklich zu den Lasten der Gemeinde beitragen. Man würde auch bei der Annahme des Antrags Rickert einen nicht gerechtfertigten Unterschied zwischen den Einkommen bis 660 Mark und denen bis 420 Mark schaffen.

Minister Herrfurth: Der § 42 ist einer der wichtigsten der Landgemeindeordnung, er enthält eine der erheblichsten Neuerungen in der Regelung der ländlichen Verhältnisse. Bisher war das kommunale Wahlrecht geknüpft ganz ausschließlich an den Besitz eines Wohnhauses in der Gemeinde; ein Census, ein fixierter Steuerbetrag war nicht vorhanden. Jetzt sollen die Borausschüsse für die Gemeindemitgliedschaft erweitert werden. Es ist nicht länger möglich, nicht angehörigen Gemeindemitgliedern das Stimmrecht zu entziehen.

Es ist zunächst eine Forderung der Willigkeit, diejenigen, welche erhebliche Beiträge für die Gemeindeausgaben leisten, auch an den Gemeindeangelegenheiten teilnehmen zu lassen, und außerdem liegt es auch im Interesse der Gemeinde selbst, diese Elemente mit heranzuziehen. Dass eine Demokratisierung des Bauernstandes davon nicht die Folge sein wird, zeigen die Erfahrungen, die wir bereits in einzelnen Landestheilen Preußens damit gemacht haben. Der Bauernstand in Westfalen ist der zähste und konservativste, den man sich denken kann. Wer die Bauernverhältnisse in Westfalen sich ansieht, wird das Gruseln vor der Landgemeindeordnung verlernen. (Sehr wahr! links.) Die Regierung hat den Widerstand gegen den Kommissionsbeschluss fallen lassen, welcher dahin lautet, dass das Wahlrecht der Häusler dauernd beibehalten werde, und zwar ohne Rücksicht auf den von ihnen gezahlten Steuerbetrag, und sie wird, wenn noch bis zur dritten Lesung eine Einigung auf ortsstatutarische Regelung erzielt wird, Einwendungen gegen dieselben nicht erheben.

Abg. Rickert (df.): Wir wollen Allen das Gemeinderecht geben, die ein Einkommen von mehr als 660 M. haben. Die Befürworter, das plötzlich das Stimmrecht zu weit ausgedehnt werde, ist hinfällig. Es handelt sich im Gauzen um 120 000 Personen. Man kann nicht schnell genug den Kreis der stimmberechtigten Leute erweitern, und eine Mitwirkung eines möglichst großen Kreises von Personen an den Gemeindeangelegenheiten wird mehr zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen, als das ängstliche Fernhalten derselben vom Stimmrecht. Durch einen solchen Beschluss schafft man einen Unterschied zwischen den einzelnen Provinzen, in welchen die Lebenshaltung und das Einkommensverhältnis verschieden ist. Man möge doch auch nicht vergessen, dass die von der Steuer befreiten Personen durch die Verpflichtung zur Leistung von Hand- und Spanndiensten wohl zu den Gemeindelatern beitragen. Wir wären gern noch weiter gegangen als die Regierungsvorlage, aber da wir damit keine Aussicht haben, so sind wir mäßig. Nehmen Sie das Wenige, was wir verlangen, an. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt (l.): Meine Partei wird für den § 42 nach den Kommissionsbeschlüssen stimmen. Der Grundatz dem die Kommission gefolgt ist, findet sich bereits im Einkommensteuergesetz. In Bezug auf die Nichtangehörigen stehen wir auf dem Boden der Regierungsvorlage. In Bezug auf die Angehörigen hat die Regie-

rung die wohlgemeinte Absicht den Einfluss der Häusler gegenüber den Bauern herabzudrücken, indem sie ihr Gemeinderecht abhängig macht von dem Betrage der gezahlten Gemeindesteuer. Indessen halten wir das doch nicht für richtig. Einzelne Landestheile, z. B. Westfalen, nennen arme Häusler fast gar nicht; es gibt dort ganze Gemeinden, die aus lauter Häuslern und keinen Bauern bestehen. Es ist da nicht gerechtfertigt, bei der Verleihung des Gemeinderechtes darauf zu sehen, ob einer ein paar Groschen mehr oder weniger Gebäudesteuer bezahlt als ein anderer. Bei der Anwendung dieses Grundsatzes würde es dahin kommen, dass unter Umständen überhaupt kein Gemeindemitglied Gemeinderecht hat. Deshalb wollen wir den Häuslern, ganz ohne Rücksicht darauf, ob sie Grund- oder Gebäudesteuer bezahlen, oder nicht, das Stimmrecht geben. Für den Osten wird die ganze Sache überhaupt wenig Bedeutung haben, weil es dort nur sehr wenige Leute gibt, die kein Haus besitzen, auch wenn sie ein noch so kleines Stück Acker haben. Wir können aber das Stimmrecht nicht erweitern, wo es der Gemeinde einen Schaden zufügt. Redner giebt darauf der Befürworter Ausdruck, dass die gegenwärtige Zusammenziehung der Gemeindeversammlung für das Übergangsstadium zu Unträglichkeiten führen werde.

Minister Herrfurth: Die Befürworter des Vorredners betreffe des Übergangsstadiums ist hinfällig, da ja in § 144 die Bestimmung getroffen ist, dass bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes des Erforderlichen für die Neuwahlen angeordnet werde. Der Grund, dass die Fälle doch nur sehr selten sein werden, in denen die von der Kommission zugesetzte Bedingung vorhanden sein würde, ist für mich ein Grund mehr, diese Bestimmung abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Huene befürwortet nochmals die Kommissionsfassung als einen Schutz gegen die Sozialdemokratie.

§ 42 wird darauf in der Kommissionsfassung unter Ablehnung des Antrags Rickert angenommen.

§ 45 (Verlust und Suspension des Gemeinderechtes) wird mit einem Zusatz Schmidt-Warburg angenommen, dass eine Suspension bei Nichtzahlung der Gemeindeabgaben nur eintritt, wenn die Nichtzahlung nach Mahnung durch den Steuererheber erfolgt ist.

§ 47 zählt diejenigen auf, welche in der Ausübung des Stimmrechts vertreten werden.

Ein Antrag v. Schalsha (Btr.) will den auswärtigen unbewohnten Stimmberechtigten das Recht geben, sowohl selbst das Stimmrecht auszuüben, als sich vertreten zu lassen. Derselbe Antrag will den selbständigen unverheiratheten Besitzerinnen und Wittwen das Recht nehmen, das Stimmrecht auszuüben.

Ein Antrag v. Rauchhaupt will den auswärts wohnenden Personen die Befugnis nehmen, sich vertreten zu lassen.

Die Abg. v. Schalsha, v. Rauchhaupt und der Minister Herrfurth befürworten diese Anträge.

Abg. Graf v. Kaniz (kons.) tritt dagegen für das Stimmrecht der Frauen ein, was dem bestehenden Recht entspreche. Warum sollte man auf Ratschläge nicht hören, die von einer Frau kommen? Man hat bis jetzt mit der Beteiligung der Frauen sehr gute Erfahrungen gemacht. In einer Gemeinde ist sogar eine Frau zum Anlauf eines Gemeindesetzes gewählt worden. (Heiterkeit.) Verderben Sie es mit den Frauen, so verderben Sie es mit der ganzen Wählerschaft. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert (df.) schließt sich dem Vorredner in allen Punkten an.

Abg. Schmidt (Warburg. Btr.) tritt für den Antrag von Schalsha ein, ebenso.

Abg. Frhr. v. Huene, der zugleich bemerkte, dass den Frauen ja die Mitwirkung gesichert sei durch die Befugnis, sich vertreten zu lassen.

Abg. Ebert (df.) hebt hervor, dass der Antrag v. Schalsha eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeute, nach welchem den Frauen die persönliche Mitwirkung zustehe.

§ 47 wird darauf mit dem Antrag v. Rauchhaupt und dem den Ausschluss der Frauen betreffenden Theile des Antrages v. Schalsha angenommen.

§ 47a wird mit einem Zusatz Bohr angenommen, dahin

gehend, dass kein Armenunterstützung Empfangender Vertreter zur Ausübung des Stimmrechts sein darf.

§ 48 handelt von der Vertheilung der Stimmen in der Gemeindeversammlung. Der Regel nach soll jedem Stimmberechtigten eine Stimme zustehen, jedoch mit der Maßgabe, 1) dass mindestens $\frac{1}{2}$ aller Stimmen auf Angefehnte entfallen; 2) dass Grundbesitzern, welche 30–75 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, 2, denjenigen, welche 75–150 Mark entrichten, 3, und denen, die über 150 M. zahlen, 4 Stimmen beizulegen sind; endlich 3) mit der Maßgabe, dass kein Stimmberechtigter über mehr als $\frac{1}{2}$ aller Stimmen verfügen darf.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: Antrag v. Rauchhaupt (kons.), die Bestimmung ad 2 durch die Bestimmung zu ersetzen, dass denjenigen Besitzern, deren im Gemeindebezirk belegenen Grundstücke die der Nebrigen an Wert oder Größe erheblich überragen, mehr als eine Stimme durch Gemeindebeschluss belegt werden darf. Eventuell soll Mangels eines dahin gehenden Gemeindebeschlusses der Kreisausschuss zu einem solchen Beschluss befugt sein. (In die Stille einer gesetzlichen Norm soll also Gemeinde- oder Kreisausschuss über Gewährung eines erhöhten Stimmrechts zu beschließen haben.)

Antrag Barthold (freikons.) will, dass die Beilegung einer grösseren Anzahl von Stimmen an die ad 3 bezeichneten Grundbesitzer (doch nicht über 3, 4, 6 statt der dort festgesetzten 2, 3, 4 Stimmen) durch Ortsstatut erfolgen kann. Ferner sollen auch den Gewerbesteuerauszählern der 3, 2. und 1. Gewerbesteuerauszahlung 2 bzw. 3 bzw. 4 Stimmen beigelegt werden.

Antrag Rickert will Nr. 1 dahin ändern, dass nur mindestens $\frac{1}{2}$ (statt $\frac{1}{2}$) aller Stimmen auf Angefehnte zu entfallen hat. Ferner will dieser Antrag die Nr. 2 und 3 ganz streichen, event. die Regierungsvorlage wiederherstellen, wonach denjenigen Besitzern, welche 75 bis 125 M. Grund- und Gebäudesteuer zahlen, je 2 Stimmen und bei einer Steuer von 125 M. und mehr je 3 Stimmen zustehen sollen, diese Sätze jedoch durch Ortsstatut erhöht werden können.

Antrag v. Rauchhaupt will in der Nr. 2 die Zahlen 30 bis 75 M. durch 20–50, die Zahlen 75–150 M. durch 50 bis 100 M. ersetzen, so dass also schon 20 M. Grund- und Gebäudesteuer 2 Stimmen, 50 M. 3 Stimmen, 100 M. 4 Stimmen verleihen. Laut Ortsstatut sollen jedoch diese Steuerausfälle höher gegriffen werden können.

Ein Antrag v. Seelbach (freikons.) will für den Fall der Annahme des Antrags v. Huene auch den Gewerbesteuerauszählern der drei ersten Klassen die in dem Antrag Barthold beantragte Erhöhung des Stimmrechts gewähren.

Ein Antrag Graf Kaniz will im Antrag Rauchhaupt das „kann“ durch „ist“ ersetzen.

Abg. Frhr. v. Huene: Der Zweck dieses Paragraphen ist zum Theil, die bestehenden Zustände nicht ohne Weiteres ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Die Angefehnten sollen das Übergewicht haben, wie das bisher der Fall war. Die Änderung der Kommission gegenüber der Regierungsvorlage in den Zahlen der Steuerbeträge ist lediglich aus praktischen Gesichtspunkten erfolgt, damit das Interesse derjenigen, welche bisher das Übergewicht hatten, auch ferner gewahrt würde. Mein Antrag will diese Zahlen noch weiter ändern, und zwar ebenfalls aus praktischen Gesichtspunkten, da wir aus verschiedenen Kreisen Befürworter zugegangen sind, nach denen die Zahlen der Kommissionsfassung dem bisherigen Zustand nicht genau Rechnung tragen. Den Weg der Konserativen können wir aber nicht geben. So sehr wir auch Freunde des Kreisausschusses sind, so dürfen wir ihm doch nicht mehr Befugnisse übertragen als gut ist. Der Antrag v. Rauchhaupt ist nur dazu geeignet, Unzufrieden in den Gemeinden zu stifteten. Er lässt eine grössere Stimmenzahl zu als 4, dagegen muss ich mich entscheiden wenden, denn man darf das Stimmrecht nicht allein nach der Steuerzahl bemessen, man muss doch auch den Menschen in seiner Persönlichkeit berücksichtigen. Für den Zwang, der nach dem konservativen Antrage auf die Gemeinden ausgeübt werden kann, da, wo sich es um ganz individuelle Verhältnisse handelt, kann ich nicht stimmen.

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

Berlin, 12. April.

(Nachdruck verboten.)

Diese Woche gehörte dem Theater! Seit etwas mehr als Jahresfrist hat das Theater im öffentlichen Leben Berlins wieder eine hervorragendere Stellung gewonnen, seit jenem Zeitpunkt, da es sich wohl oder übel der modernen Literatur zugewandt hat und so ein literarisches Interesse in Anspruch nimmt. Und nun haben wir in dieser Woche wieder einen Rückfall in die alte theatralische Begeisterung gehabt, in den enthusiastischen Personenenthusiasmus. Wir sind zweimal bei Tagesgrauen von Schauspieler-Ehrenbankett heimgeladen, wir haben fünf bis sechs Schauspielerreden gehört, an einem Abend sollen sogar einer Künstlerin die Pferde ausgespannt worden sein. Wir haben auf vier Bühnen Blumenopern und Lorbeerkränze in beeindruckend großer Zahl werten sehen, die Bühnentheater haben für Parkettbills 50 Mark und mehr erhalten und gestern als Sonnenthal sich als Wallenstein von Berlin verabschiedete, haben begeisterte Junglinge willig einige Mark gezahlt, um als Statist auf derselben Bühne stehen zu können, auf der der gesiegte Burgtheaterkünstler spielte. . .

Lies Theaterjubelwoche war im Einzelnen recht hübsch inszenirt, im Ganzen aber doch keine gute Regiearbeit. Wir vermissten die rechte Steigerung. Die Jubelwoche setzte gleich Sonntag Nacht in dem Sonnenthal-Banket mit den vollsten

und lautesten Akorden ein. Der Verein „Berliner Presse“ hatte das Fest veranstaltet, die ganze journalistische und Theaterwelt war erschienen, das gewohnte Premierenpublikum sah einander zur Abwechslung einmal in Balltoilette und gegen 3 Uhr Nachts begann man, zu Ehren Sonnenths, auch zu tanzen. Der Vorsitzende Herr Wicker feierte den Künstler Sonnenthal — er sprach, wie gewöhnlich, kühl und matt, mehr als Klammergerichtsrath, denn als Schriftsteller und schuf so Sonnenthal günstige Gelegenheit, auch als Redner ihn zu übertreffen. Auch in dieser neuen Rolle, für die sich Sonnenthal einen besseren Text schaffen konnte, als ihn ihm die drei schlechten Stücke, in denen er bis dahin gastirt, gegeben hatten — auch in dieser neuen Rolle wirkte eine schlichte, natürliche Herzlichkeit, die wir als den Hauptvorgang Sonnenths zu rühmen haben, ungemein sympathisch. Er dankte besonders herzlich der Presse Berlins; diesen Dank erhalten wir stets bei Jubiläen und Festlichkeiten, aber freilich auch nur dann. Diesen Dank haben wir die ganze Woche über in immer neuen und herzlichen Wendungen von Sonnenthal, von Clara Meyer, von Adolf Ernst über uns ergehen lassen. Ich hoffe, wir werden dadurch nicht verdorben werden — mancher kann es vielleicht auch nicht mehr . . . Den Höhepunkt des Festmaals bildete der geist- und witzprühende Vortrag Julius Stettenheim, dieses Klassikers auf dem Gebiete der Tischkarten-Eklärung — was Stettenheim bei solcher Gelegenheit an Geist und Wit in wirklich klassischer Uevertreibung. Der Erfolg dieser Bühne ist ein Triumph der

Das macht die Wirkung des ganzen Gesetzes illusorisch. Der Antrag Barthold wird eine große praktische Bedeutung kaum haben, da so große Gewerbebetriebe, wie sie in dem Antrage vorliegen, fast immer so viel Grundbesitz haben werden, dass es nötig ist, um eine größere Stimmenzahl zu haben.

Abg. v. Tiedemann (Labischin, frz.): Der deutschfreisinnige Antrag berücksichtigt nicht die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Landestheile, sowie die Verschiedenheit zwischen Stadt und Land. Die Freisinnigen bedenken nicht, dass die kleinen Besitzer auf dem Lande sehr wenig sehaft sind, ihr Eigentum oft wechseln, deshalb darf man ihnen nicht mehr als ein Drittel der gesamten Stimmenzahl geben. Der konservative Antrag leidet an denselben Fehlern wie die bisherigen Ortsverfassungen. Er ist zu allgemein und enthält erhebliche Unklarheiten. Bei der Frage des Stimmrechts ist es nötig, fest, immer anwendbare Bestimmungen zu haben, der konservative Antrag aber giebt der Willkür Raum. Die Konsequenz des Antrages wäre, das Stimmrecht der größeren Grundbesitzer ins Ungemessene zu erweitern.

Abg. v. Rauchhaupt (frz.): Wir betrachten diesen Paragraphen als den wichtigsten des Gesetzes und machen von seiner Gestaltung unsere Zustimmung zum ganzen Gesetz abhängig. Unser ganzes Streben geht dahin, den festen Punkt der sehaftigen bauerschen Bevölkerung zu erhalten. Wer die jetzigen Bestimmungen der Landgemeindeordnung anzuwenden verstanden hat, der hat auch damit schon die Möglichkeit gehabt, dienten Bedenken zu besetzen, die aus den verschobenen Verhältnissen der Landgemeindeordnung entstanden sind. Man hat nur die Bestimmungen nicht angewandt und geglaubt, sie nicht ins Leben überführen zu können.

Der Herr Regierungspräsident v. Tiedemann uns Unklarheit bei unserem Antrage vorwirft, seit mich in Erstaunen, da wir lediglich die Worte des seitherigen Gesetzes übernommen haben. Wir haben sie verstanden in der Praxis anzunehmen, und für uns sind sie klar gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Gerade diese Bestimmungen, welche in ihrer überaus staatsmännischen Weisheit der Autonomie der Gemeinden Freiheit ließen, haben dazu beigebracht, alle Unschönheiten zu beseitigen, die sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben. Wir wollen dem Kreisausschuss die Befugnis geben, bei dem Nichtzustandekommen eines Gemeindebeschlusses zu entscheiden. Dieser ist zusammengefasst zu einem Drittel aus Gutsbesitzern, einem Drittel aus Bauern und einem Drittel aus Städtern. Diese Zusammensetzung bietet eine Ausgleichung wie keine andere Körperhaft. Der Großgrundbesitz wird vollständig paralytiert in seinen einseitigen Interessen durch die oft auf sehr klaren Urtheilen beruhende Mitwirkung der Bauern, und die Einseitigkeit dieser beiden Faktoren wird auf der andern Seite wieder durch die Städte ergänzt. Darum halte ich den Kreisausschuss für qualifiziert und berechtigt, in diesen Sachen mitzusprechen.

Unser Antrag schafft eine gewisse Latte. Wir halten eine Festlegung der Stimmenzahl nach bestimmten Steueraufgaben für unmöglich, da die Verhältnisse in jeder Gemeinde an sich verschieden sind. Sind Sie wirklich sicher, dass in jeder Gemeinde bei ihrer Skala die Zahl von $\frac{1}{3}$ herauskommt? Sie werden oft, wenn Sie diese Zahl erreichen wollen, auf der einen Seite die Skala herauf, auf der andern Seite herunterziehen müssen. Unser Antrag ist von diesem praktischen Gesichtspunkte ausgegangen. Der Antrag der Freikonservativen ist mir noch sympathischer als der des Zentrums.

Vorläufig bleiben wir feststehen auf unserem Antrage, der eine weit größere Latte lässt; er scheidet auch die Bedenken aus, die aus der Festlegung einer bestimmten Grenze erwachsen. Diese feste Summe berücksichtigt nach jeder Richtung die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bezüglich des Wertes von Grund und Boden. Wir würden nicht wohl thun, wenn wir feste Grenzen setzen würden.

Alle Parteien, bis zur äußersten Linken haben das Interesse an der Erhaltung des Bauernstandes. Stoßen Sie die Dämme ein, die das Vordringen der Sozialdemokratie am besten zurückhalten, so räumen Sie das wichtigste Volkswerk weg, auf das Sie sich bisher stützten. Ich bitte daher das Haus, die Frage von allen Seiten genau zu erwägen, und nicht diejenigen wirklich festen Klassen der ländlichen Gemeinden zu erschüttern, die bisher wahrlich nicht zum Unfug gereicht haben. Dieselben sind groß gezogen in der Treue, bieten uns die Glieder der Armee und sind derjenige Stamm, der die Grundlage der ganzen Armee bietet. (Zustimmung rechts.) Ergrütteln Sie nicht diese Grundlage, indem Sie sie Einfüßen preisgeben, von denen sie bisher bewahrt war. (Beifall rechts!)

Minister des Innern Herrfurth: Gewiss ist dieser Antrag der wichtigste des Gesetzes, und nicht blos die konservative Partei sondern auch die Staatsregierung macht ihre Stellungnahme zum ganzen Entwurf abhängig von der Gestaltung dieses Paragraphen. (Hört! hört links!) Mein Wunsch ist, dass keiner der Abänderungsanträge angenommen wird. Für die Landgemeinden ist der Grundbesitz ein so wichtiger Faktor, dass man ihn nicht gleichstellen darf mit dem Nichtangehörigen. Wir können nicht die Hand dazu bieten, dass die Nichtangehörigen mit Hilfe von einigen Häuslern die Bauern majorisieren. Ebenowenig kann ich mich aber mit den nach der entgegengesetzten Richtung gehenden Anträgen einverstanden erklären. In Westfalen hat nur derjenige eine

größere Stimmenzahl, der über 200 Mark Grundsteuer zahlt. In Abrechnung der Verschiedenheit der Verhältnisse in den östlichen Provinzen ist die Regierung unter diesen Punkt heruntergegangen. Die Kommission ist noch weiter heruntergegangen, und ich halte es für bedenklich, wenn die Anträge v. Huene und Barthold noch weiter diese Zahlen um ein Drittel heruntersetzen. Freilich ist dann noch der Antrag Barthold vorzuziehen, weil er mit dem Sache von 30 Mark beginnt. Gegen die Beilegung einer größeren Stimmenzahl an die Gewerbetreibenden hätte ich dagegen nichts einzurunden.

Die Fassung des Antrages Rauchhaupt hat mich überrascht; ich hatte ihn nicht erwartet im Hinblick auf die Verhandlungen bei Gelegenheit des Antrages Bachem bezüglich der rheinischen Städteordnung, bei welcher auch die Rechte sich mit dem Prinzip einverstanden erklärt hat, dass das Wahlrecht gesetzlich festgestellt werden müsse (Ruf rechts: Städte). Sie wollen das nur bei den Städten? Das geht doch nicht, zu sagen: Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes. (Heiterkeit.) Ein solches kommunales Grundrecht muss gesetzlich in engen Schranken festgesetzt werden und kann nicht überwunden werden der beliebigen Willkür einer Gemeinde oder kommunalen Aufführungsbörde. Der konservative Antrag sagt den Gemeinden: Wenn Du nicht willst, so musst Du. Das ist das Gegenteil von dem, was man Freiheit der Gemeinde nennt. (Sehr richtig! links.) Der Antrag v. Rauchhaupt ist zwar zum Theil entnommen aus den Bestimmungen der Landgemeindeordnung von 1856, aber diese Bestimmungen haben sich eben nicht bewährt. Der Antrag v. Rauchhaupt ist keine gesetzliche Regelung, wie wir sie für diese Frage brauchen. Das ist keine organische Regelung gegenüber der mechanischen der Regierungsvorlage oder der Kommission, das ist der Gegensatz zwischen gesetzlicher und willkürlicher Regelung. (Beifall links.) Ich befürchte nicht, dass es dem Bauern schwer fallen wird, mit seinem Tagelöhner zusammen in der Gemeindevertretung zusammen zu sitzen. Der Bauernstolz ist zwar ein äußerst wichtiger Faktor im wirtschaftlichen Leben; wenn aber das der Fall sein sollte, so ist das nicht mehr Bauernstolz, sondern Bauernhochmuth. Der Rauchhaupt'sche Antrag setzt auch keine Grenze nach oben fest.

Der Antrag Huene ist der Klartext von allen, aber auch er ist nicht annehmbar, weil er unter die Sätze der Kommission noch hinuntergeht. Die Staatsregierung hat den richtigen Mittelweg bei der Normierung der Sätze eingeschlagen. Sie will aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes gegen eine etwas geringere Normierung keinen Widerspruch erheben. Dagegen bitte ich, alle andern Abänderungsvorschläge, besonders aber den Antrag v. Rauchhaupt, abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Krause (natl.): Man stellt es immer so dar, als ob der Bauer mit dem Standpunkt des Kreisausschusses besonders zufrieden wäre. Das ist durchaus nicht der Fall. Der Bauer hat ein gewisses Misstrauen gegen die Verwaltung, aber nicht gegen das Gesetz, aus diesem praktischen Grunde, und von prinzipiellen Gesichtspunkten aus müssen die Bestimmungen über das Kommunalwahlrecht allgemein vom Staat getroffen werden. Überlässt man die Sache den Verwaltungsorganen, so schafft man Interessengruppen und Streitigkeiten. Wir gehen dabei nicht von einem Misstrauen gegen den Kreisausschuss aus, aber wir wollen diesen Körper nicht mit Dingen belasten, die nicht seines Amtes sind. Die Fassung der Kommission trägt dem Besitz genügend Rechnung. Wir neigen ja mehr zu der Ansicht der Freisinnigen hin, aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes wollen wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Sedlik (frz.): Auch meine Freunde haben an der Erhaltung des Bauernstandes und ihres Einflusses auf die ländlichen Angelegenheiten das lebhafteste Interesse. Den Antrag v. Rauchhaupt können wir aber aus grundsätzlichen und praktischen Bedenken nicht annehmen. Er konstruiert von vornherein ex lege lediglich das gleiche Stimmrecht für jeden Angehörigen und schmälerkt das Stimmrecht der Anderen. Das würde zu schweren Kämpfen in den Gemeinden führen, besonders da, wo der Kleingrundbesitz und die Nichtangehörigen das Übergewicht haben. Dem Kreisausschuss würde dadurch eine überaus schwierige Aufgabe übertragen und ihm ein odium auferlegt, besonders dann, wenn er zwangsläufig einstreitet. Im Interesse des Friedens ist es ratsam, feste gesetzliche Normen für das Stimmrecht zu geben.

Der Kommissionsvorschlag aber geht zu weit, er berücksichtigt praktisch hervortretende Bedürfnisse gar nicht. Wir gehen von der Meinung aus, dass eine mittlere Linie als Regel festgesetzt werden muss, und dass da, wo bisher ein höheres Stimmrecht war, dieser Zustand auch weiter fortduern soll. Die Sätze, die Herr v. Huene als Regel hinstellt, passen nur auf Gegenden mit hoher Grundsteuer, dagegen nicht auf mittlere Gegenden. Bei Annahme unseres Antrages dagegen wird in den meisten Fällen die Regel Blatz greifen, und nur in Ausnahmefällen eine Beschlussfassung der Gemeinde nötig sein. Unser Antrag befehlt alle Bedenken. Nachdem die Gewerbetreibenden in diesem Gesetze den Grundbesitzenden gleichgestellt worden sind in bezug auf die Lagen, muss man sie auch in bezug auf die Rechte gleichstellen. Aus diesem Grunde

haben wir unseren Antrag eingebrochen, den ich Sie anzunehmen bitte.

Abg. v. Tiedemann (Labischin, frz.): Ich halte dem Abg. v. Rauchhaupt entgegen, dass seine des Redners Erfahrungen im Rheinlande ihn zu seinen Ausführungen berechtigt haben. Die vorläufige Einführung dieser Landgemeindeordnung in den westlichen Provinzen nötigte allgemeine Bestimmungen zu treffen, welche auch auf diese Gegenden passen. Wenn man den Bauernstand durch Beschaltung von Stimmen ins Ungemessene kräftigen wolle, so erreiche man damit nur, dass der Händler sich vom Bauern und der Sozialdemokratie zuwende.

Abg. Graf Kanitz (frz.): Es gibt nur zwei Wege für die Regulierung des Stimmrechtes, entweder es für jede Gemeinde nach den örtlichen Bedürfnissen zu regeln oder nach bestimmten Steueraufgaben. Ich halte es für unmöglich, ein Normalstatut zu machen, welches auch nur für einen einzigen Kreis passt. Die Ortsstatutarische Regelung des Stimmrechtes für jede einzelne Ortschaft kann man aber sehr wohl dem Kreisausschuss überlassen. Er ist nicht blos dazu da, diktatorisch einzutreten in die Gemeindeangelegenheiten, Gemeindebeschlüsse umzustößen, sondern auch auf Appell der Gemeinde Beschlüsse zu fassen, mit denen die Gemeinde einverstanden ist. Das Vertrauen, welches sich zwischen den Landgemeinden und den Kreisausschüssen im Laufe der Jahre herausgebildet hat, werden wir nur stärken, wenn wir den Kreisausschüssen die ortsstatutarische Regelung überlassen. Diese soll ja nur bewirken, dass diejenigen, welche hauptsächlich den Gemeindeläufen beitreten, auch einen entsprechend größeren Einfluss in der Gemeinde erhalten. Es fällt uns nicht im Traume ein, den Bauern mehr Stimmrecht geben zu wollen gegenüber den kleinen Leuten, als ihnen zukommt, aber ebenso wenig, die Bauern in ihrer sozialen und politischen Stellung, die ihnen zukommt, herabzuzeigen. Das ist die Quintessenz unserer ganzen Stellung und unseres Antrages. Wir werden gegen alle anderen Anträge stimmen, wenn unser Antrag abgelehnt wird, und uns die Regelung der Frage bis zur dritten Lesung vorbehalten.

Abg. H. Hendebrand (frz.): Der Herr Minister hat sich auch auf die westlichen Landestheile berufen. Aber der Gegensatz zwischen Osten und Westen, Stand und Land ist sehr groß. Da bei die vier verschiedene Artigen Gestaltung eine ganz gleiche Gesetzgebung nötig ist, vermag meine Partei nicht zu begreifen. Ebenso verstehe ich nicht, wie man uns, indem wir uns an die bestehenden Zustände halten, vorwerfen kann, dass wir den Bauernhochmuth befürworten. Mederer verließ unter dem Befall der Rechten ein Reskript des Ministers des Innern aus dem Jahre 1839, in welchem zugegeben wird, dass die Regelung der dauerlichen Gemeindeverhältnisse nicht von einer Zentralinstanz aus erfolgen kann. Dies Reskript sei von einem wirtschaftlich konservativen Minister erlassen.

Minister Herrfurth: In dem § 48 steht nicht: „Durch Ortsstatut können die als Regel angegebenen Sätze verändert“ werden, sondern sie können „erhöht“ werden. Und da sie bereits sehr hoch gegriffen sind, so liegt für den Antrag des Grafen Kanitz kein Grund vor. Dem Abg. v. Hendebrand gegenüber bleibe ich dabei, dass es nicht Bauernstolz, sondern Bauernhochmuth ist, wenn der Bauer mit seinem Tagelöhner nicht in einer Gemeindevertretung sitzen will. (Sehr wahr! links.) Die Absichten der Konservativen laufen beinahe darauf hinaus, das Ideal des Herrn v. Meyer-Arnswalde zu verwirklichen, nämlich für jeden Kreis eine besondere Kreisordnung und zum Gesetzgeber den Kreisausschuss zu machen.

Abg. Ebert (frz.): Wir halten es für eine schädliche Maßregel, Schranken für die Beteiligung der Gemeindeangehörigen am Gemeindeleben aufzurichten, dadurch arbeitet man nur der Sozialdemokratie vor, vor der Sie ja doch solche Furcht haben. Die Bestimmung, dass zwei Drittel der Mitglieder Grundbesitzer seien müssen, widerspricht den preußischen Traditionen. Wie seien nicht ein, warum man hier anders als in der Städteordnung verfahren soll. Auch wir wollen die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes, aber die Regelung der Stimmrechtsfrage durch die Kommission ist eine Abnormalität. Wir werden uns auf kein Kompromiss einlassen, wir bleiben auf unserem Antrage stehen, und nur im äußersten Falle werden wir für die Kommissionsvorlage stimmen.

Abg. Frhr. v. Huene betont noch einmal, dass sein Antrag den Übergang der jetzigen Zustände in die neue Ordnung erleichtern wolle. Nach diesem Antrage kommen alle Leute zu ihrem Recht. Ein Schlussantrag wird hierauf angenommen.

In der Abstimmung wird hierauf zunächst der Antrag Rauchhaupt gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Auch die Anträge der anderen Parteien werden, da die Konservativen gegen alle Anträge stimmen, abgelehnt mit Ausnahme des freisinnigen Antrages Ebert, die beiden lehnen Abstimmung des Paragrafen, welche das erhöhte Stimmrecht betreffen, zu streichen, welcher mit großer Mehrheit angenommen wird.

Der noch übrige Absatz 1 der Kommissionsfassung, welcher den Angehörigen $\frac{1}{3}$ und den Nichtangehörigen $\frac{1}{3}$ der Stimmen zuspricht, wird darauf angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Montag 11 Uhr. — Schluss 3^o. Uhr.

Trivialität. Es bietet harmlose Belustigung, macht auch in sehr guten Couplets den erfolgreichen Versuch, aktuell zu sein — aber irgend eine gesunde, volksthümliche Anregung wird man von dieser Bühne vergebens erwarten. Die Posse, die von den Hausschaltern dieses glücklichen Theaters den Mitgliedern auf den Leib gedichtet werden, sind nicht um des Stoffes, sondern um der Eigenart der Darsteller da; man weiß im Publikum auch nie, ob sie Treptow verfasst hat oder Jacobson oder Mannstaedt — eine gleich der anderen, ob sie „Adam und Eva“ oder die „Lustige Ungarin“, ob sie „Unsere Don Juans“ oder der „Goldfuchs“ heißen, das ist nur für Kostüm und Ausstattung von Bedeutung — zwischen der Handlungsflosigkeit der einen und der Handlungsflosigkeit der anderen ist kein Unterschied zu finden. Lebzigens willigt der Vater oder der Onkel zum Schluss in die Heirath der Tochter oder der Nichte und das Berliner naive Philisterthum geht ebenso vergnügt nach Hause wie die blasphemischen Philister. Was Ernst aber innerhalb seines Gebiets bietet, ist gut und verdient alle Anerkennung — dass das moderne Berlin noch immer kein wirkliches Volksstück schaffen kann, ist nicht seine Schuld.

Zu derselben Stunde, da Mittwoch Abend Adolf Ernst von seiner Bühne dem Publikum dankte, richtete von der Bühne des Schauspielhauses Clara Meyer Dankesworte an ihr Publikum, von dem sie nach zwanzigjähriger Thätigkeit (seit 1871) gehört die Künstlerin dem Schauspielhause an Abschied nahm. Sie hat durch den Liebreiz ihrer Erscheinung, durch die Liebenswürdigkeit ihres Wesens, durch eine gewisse verhaltene und darum künstlerisch abgetönt scheiende Leidenschaft zwei Jahrzehnte lang die Abonnenten des

Schauspielhauses entzückt, wiewohl sie keine Darstellerin von hinreisendem Temperament, von wirklicher Unmittelbarkeit war. Als jugendliche Heldenin, wie im Konversationsstück war sie gleich beliebt; wiewohl sie als „Frau vom Meere“ in Ibsens räthselvollem Schauspiel überraschend Gutes geboten, erschien es uns doch fraglich, ob sie dem neuen realistischen Stil, den Direktor Grube in behutsamer, mit der Eigenart dieser Bühne rechnenden Weise im Schauspielhause einzuführen bestrebt ist, gewachsen sein würde. Die Künstlerin, seit Kurzem verheirathet, wurde bei ihrem Abschied zum Ehrenmitglied der Hofbühne ernannt. Sie will mit ihrem Gatten eine Reise um die Welt antreten und verwirklicht diese Absicht zunächst in einem Gastspiel an dem weitentlegenen Ostendtheater.

Auf diese beiden Theaterfeierlichkeiten des Mittwoch folgte am Freitag und Samstagabend der Abschied Sonnenthal im Residenz- und im Berliner Theater, beidemal begleitet mit Kranspenden, Reden, unterdrückten Thränen und dem Abschiedsgruß „Auf Wiedersehen!“ Das Gastspiel Sonnenthal war für ihn reich an künstlerischen Ehren, noch mehr wohl an persönlichen. Sonnenthal ist eine sympathische, eine wirkliche Persönlichkeit — das ist mit ein wesentlicher Faktor seiner großen Erfolge. Ein Zufall hat es gefügt, dass er im Residenztheater in einem dort ungewohnt schlechten Ensemble spielte; etwas besser war seine Umgebung in der Wallenstein-Beschaffung des „Berliner Theaters.“ Aber auch in einem vorzüglichen Ensemble hätte seine große Kunst noch hervorgeragt. Trotzdem bedeutet das Gastspiel Sonnenthal vor Allem einen Triumph für die Schauspielkunst — Berlin. Wir haben Sonnenthal bewundert und haben erkannt,

er ist der Größte aus der alten Schule. Aber die neue Kunst der Menschendarstellung, die sacht und allmählig unter dem Einfluss moderner Bühnenaufgaben sich bei uns entwickelt hat, die ihre Höhepunkte besitzt in dem unvergleichlichen Emanuel Reicher und dem grandiosen Bohr, sie steht uns höher noch als jene Kunst, deren Interpret Adolf Sonnenthal ist. Und dass diese Erkenntnis, die bisher nur in einem kleinen Kreise verbreitet war, auch im größeren kunstverständigen Publikum Boden gewinnt, dafür hat das Sonnenthal-Gästspiel sicherlich viel gethan.

Zwischen all diesen Theaterfesten hat dann am Freitag noch Adelina Patti mit unbeschreiblich großem Erfolge in der Philharmonie gesungen. An demselben Abend hat das Wallnertheater, das schon längst nicht mehr die Pflegestätte der Berliner Posse ist, mit einer Art Operette, dem „phantastischen Singspiel“ von Adolf Müller: „Des Teufels Weib“ sehr viel Glück gehabt. Das Libretto nach Meilhac u. Mortier von dem witzigen Wiener Herzl bearbeitet, ist sehr lustig, die Musik sehr ansprechend. Kundige Thebaner prophezeiten der Operette den gleich großen Erfolg wie ihre „Miz Helyett“ sich erfüllt hat. Und nun haben wir vom Theater vorläufig Ruhe bis heute Abend, wo Kleists „Käthchen von Heilbronn“ neu einstudiert uns ins Schauspielhaus lockt. Ach, dieser letzten Tage Noth war groß, um so mehr, als wir auch noch zahlreichen Ateliereinladungen in dieser Woche folgen mussten, denn am Freitag haben die hiesigen Künstler ihre Arbeiten zur Jubiläums-Kunstausstellung einliefern müssen. Hierüber einige Indiskretionen vielleicht ein anderer Mal.

Bremen, 11. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loko 6,40. Sehr fest.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 130 Gd.

Hamburg, 11. April. Budermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 v.Ct. Rendement neue Uisce, frei am Hafen Hamburg vor April 13,85, vor Mai 13,85, vor August 13,97%, vor Oktober —, vor Dezember 12,75. Ruhig.

Hamburg, 11. April. Getreidemarkt. Weizen loko fest holsteinischer loko neuer 210—224. Roggen loko fest, medenburgh. loko neuer 190—198, russischer loko fest, 136—140. Hafer fest — Gerste fest — Rüböl (unverzöllt) ruhig, loko 62 — Spiritus fest, per April—Mai 36 Br., per Mai—Juni 36% Br., per Juli—August 37% Br., per September—Oktober 38 Br. Kaffee fest, per Mai—Juni 2500 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,45 Br., per August—Dezember 6,70 Br. — Wetter: Veränderlich.

Berl., 11. April. Produktenmarkt. Weizen ruhig matt, per Frühjahr 9,00 Gd., 9,02 Br., per Mai—Juni — Gd., — Br., per Herbst 8,86 Gd., 8,88 Br. Hafer per Frühjahr 7,30 Gd. 7,33 Br., per Herbst 6,29 Gd., 6,31 Br. — Mais per Mai—Juni 1891 6,53 Gd., 6,55 Br. — Kohlraps per August—September 1891 15,30 a 15,35. Wetter: Regen.

Paris, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, vor April 29,80, vor Mai 29,80, Mai—August 29,80, per September—Dezember 28,90. — Roggen ruhig, vor April 18,70, per September—Dezember 18,20. — Mehl ruhig, per April 63,90, vor Mai 64,10, per Mai—August 64,00, per September—Dezember 63,90. Rüböl behauptet, per April 74,75, vor Mai 75,25, per Mai—August 76,25, per September—Dezember 78,25. Spiritus behauptet, per April 42,00, per Mai 42,50, per Mai—August 43,00, per September—Dezember 41,75. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 11. April. (Schlußbericht.) Rohzucker 88% ruhig, loko 36,50 a 36,75. Weißer Buder ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo per April 38,37%, vor Mai 38,50, per Mai—August 38,75, per Oktober—Januar 35,75.

Gavre, 11. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Bafis.

Rio 2000 Sad. Santos 7000 Sad. Recettes für gestern.

Gavre, 11. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 105,75, per September 100,50, vor Dezember 90,50. Fest.

Amsterdam, 11. April. Java-Kaffee good ordinary 61%.

Amsterdam, 11. April. Vancazinn 54%.

Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt. Weizen per November 251. — Roggen per Mai 177 a 178 a 179, per Oktober 167 a 168 a 167.

Antwerpen, 11. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)

Kaffinuttes Type weiß loko 16%, bez. und Br., per April 16% Br., per Mai 16 Br., per Juni 16% Br., per September—Dezember 16% Br. Ruhig.

Antwerpen, 11. April. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste behauptet.

London, 11. April. (Wollauktion.) Wolle fest, Preise unverändert.

London, 11. April. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Nasskalt.

London, 11. April. Chilli-Kupfer 52%, per 3 Monat 52%.

London, 11. April. 96 v.Ct. Javazucker loko 15% ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 13%. Schwächer.

Glasgow, 11. April. Hobelnsen. (Schluß.) Mixed numbers Warrants 43 sh. 1 d.

Liverpool, 11. April. Getreidemarkt. Weizen stramm, Mehl 6 d. höher per Sad. Mais ruhig aber stetig. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 11. April. Baumwolle (Anfangsbericht). Weitreichende Umsatz 7 000 B. Stetig. Tagesimport 8 000 B.

Liverpool, 11. April. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 B. Amerikaner ruhig, Surrats träge.

Middlel. amerikan. Lieferungen: April—Mai 4% Verkaufpreis, Mai—Juni 4% do., Juni—Juli 4% Käuferpreis, Juli—August 4% do.

4% Verkaufpreis, August—September 3% do., September—Oktober 4% do., Oktober—November 4% Käuferpreis, November—Dezember 4% do.

Newyork, 11. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8%, do. in New-Orleans 8%. Hafer. Petroleum Standard white in New-York 6,85—7,15 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,85—7,15 Gd. Robes Petroleum in Newyork 6,85, do. Pipe line Certificates per Mai — Stetig. — Schmalz loko 6,90, do. Rohe u. Brothers 7,25. Buder (Farr refining Muscovado) 3%. Mais (New) per Mai 74%. Rother Winterweizen loko 119%. Kaffee (Fair Rio=20) 20. Mehl 4 D. 25 C. Getreidefracht 1%. — Kupfer per Mai — nominell. Rother Weizen per April — per Mai 113%, per Juli 109%. Kaffee Nr. 7, low ordin. per Mai 17,12, per Juli 16,77.

Der Wert der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 8 838 264 Doll. gegen 10 188 068 Doll. in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 057 745 Doll. gegen 2 317 415 Doll. in der Vorwoche.

Newyork, 10. April. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 75 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 70 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Kontinent 51 000 Ballen. Vorrath 572 000 Ballen.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 11. April. Die heutige Börse eröffnete wiederum in schwächer und lustloser Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Coursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten wenig günstig und wirkten in Verbindung mit anderen kommerziellen auswärtigen Nachrichten verstimmt.

Das Geschäft entwickelte sich Anfangs sehr ruhig; im weiteren Verlauf des Verfehrs machte sich dann in Folge von Deckungen etwas größere Regsamkeit und eine kleine Befestigung geltend.

Der Kapitalmarkt bewahrte seine Gesamtbalanz für heimische solide Anlagen bei ziemlich lebhaftem Geschäft und fremde festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand durchschnittlich gut behaupten, blieben aber ruhig; Argentinische Papiere mätt.

Der Privatdiskont wurde mit 2% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien in etwas schwächerer und schwankender Notiz verhältnismäßig lebhaft um; Franzosen waren nach schwächerer Eröffnung befestigt, Lombarden, Gatzier, Durx-Bodenbach und schweizerische Bahnen matter, aber geschäftlich mehr beachtet.

Zuländische Eisenbahntickets wenig verändert und ruhig.

Bankaktien lagen schwach; die spekulativen Devisen matter, Distonto-Kommandit-, Berliner Handelsgeellschafts-Anteile und Aktien der Deutschen Bank zeitweise lebhafter.

Industriepapiere wenig verändert und still; Montanwerthe schwächer.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. April. Aus Newyork und aus England lagen heute festere Meldungen vor, die zugleich mit dem recht salten Wetter anregend wirkten. Starke Deckungen und Neukäufe in Weizen steigerten den Preis bei lebhaften Umsätzen ferner um 3 M. Von Russland war eine Ladung feiner Weizen zu 184 M. cts. von Hamburger Markt, von Petersburg wurde eine Ladung angeboten, auch von Newyork lagen Proben vor, doch sind die Forde rungen sämtlich noch erheblich über heisiger Parität. In Roggen war der Umsatz gut, aber weniger lebhaft als in Weizen. Die Preise gewannen 2 M. Hafer bei beschränktem Handel ca. 1 M. besser. Roggenmehl zu erheblich höheren Preisen in stillsem Verkehr. Rüböl etwas fest. Spiritus auf Deckungen und Neukäufe der Chauffiers ferner 30 bis 40 Pf. höher.

Weizen (mit Ausschluß von Rautbewerten) per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine im Verlauf höher. Gefündigt 1050 Tonnen. Kündigungspreis 230 M. Loko 210—229 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 227 M., bunter märk. — ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April—Mai 229,5—230,75,—5 bez.,

Weizenmehl Nr. 00 29,75—28,25, Nr. 0 28,00—26,5 bez. — Heine Märzen über Notiz bezahlt. Zu hohe Forderungen er schwerten den Umsatz.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 26,00—25,00, do. keine Marken Nr. 0 u. 1 27,00—26,00 bezahlt, Nr. 0 1% M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inlf. Sad. Zu hohe Forderungen er schwerten den Umsatz.

per Mai—Juni und vor Juni—Juli 226,25 bis 228,5 bis 228 bez., vor Juli—August 221 bez., vor August—September — bez., vor September—Oktober 213,5—213,75 bezahlt.

Roggen per 1000 Kilo gr. Loko still. Termine höher. Gefündigt 2000 Tonnen. Kündigungspreis 189,5 Mark. Loko 174 bis 189 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 187 M., inländ. 185,5 frei Mühl hier stehende Ladung bezahlt, per diesen Monat — M., per April—Mai 189,5—189—190 bez., per Mai—Juni 188,5—189,5 bezahlt, per Juni—Juli 188 bis 189,5 bez., vor Juli—August 183,25 bis 183 bis 185 bez., vor September—Oktober 178,5—178—180 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Flau. Große und kleine 145—180 M. nach Qualität. Futtergerste 146—155 M.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine höher. Gefündigt 800 Tonnen. Kündigungspreis 163,0 Mark. Loko 158 bis 172 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 162 M., pommerischer, preußischer und schlesischer mittel bis guter 158 bis 164, feiner 167—170 ab Bahn bez. per diesen Monat — M., per April—Mai 163,—5 bez., per Mai—Juni 164,—5 bez., per Juni—Juli 164,75—165,5 bezahlt, per September—Oktober 149,5 bis 155 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine still. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 157 bis 162 Mark nach Qualität, per diesen Monat — M. bez., per April—Mai 151,5 bez., per Mai—Juni 151—150,75 bez., per Juni—Juli — bez., vor Juli—August — M. bez., per September—Oktober — bez.

Erbse per 1000 Kg. Kochwaare 160—180 M., Futterwaare 148—154 M. nach Qualität.

Roggeneimel Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sad — M. Termine höher. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per April—Mai 25,85—95 bez., per Juni—Juli 25,8—9 bez., per Juli—August 25,3—4 bez., vor September—Oktober 24,7—8 bez.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Fas. fest. Gefündigt 2800 Bentzer. Kündigungspreis 61,2 M. Loko mit Fas. — Loko ohne Fas. —, per diesen Monat und per April—Mai 61,—1 bez., per Mai—Juni 61,—3 bez., per Juni—Juli —, per September—Oktober 63,2 bezahlt.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loko 24,25 M.

Feuchte Kartoffelstärke per April — M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo gr. brutto incl. Sad. Loko 24,25 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Fas. 72,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 53—52,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Höher bezahlt, namentlich September—Oktober. Gefündigt 230 000 Liter. Kündigungspreis 52,7 Mark. Loko mit Fas. —, per diesen Monat und per April—Mai 52,7—5—8—5 bez., per Mai—Juni 52,7—5—8 bis 5 bez., per Juni—Juli 52,9—8—5—52,8 bezahlt, per Juli—August 53—52,8—52,2—52 bezahlt, per August—September 52,9 bis 53—52,8—51—52,9 bez., per September—Oktober 49 bis 48,8 bis 49,3—1 bez., per Oktober—November 45,4—45,1—4 bez., per November—Dezember — bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,75—28,25, Nr. 0 28,00—26,5 bez. — Heine Märzen über Notiz bezahlt. Zu hohe Forderungen er schwerten den Umsatz.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 26,00—25,00, do. keine Marken Nr. 0 u. 1 27,00—26,00 bezahlt, Nr. 0 1% M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inlf. Sad. Zu hohe Forderungen er schwerten den Umsatz.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. = 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Rank-Diskonto	Wechsel v. 11.	Bronsch. 20. T.L.	— 104,30 G.	Schw. Hyp.-Pf.	4½ 102,50 G.	Warsch.-Teres.	5 144,00 bz	Reichenb.-Prior.	5
Amsterdam	3	8 T.	166,55 bz	Serb. Gld-Pfd.	5 93,10 G.	do. Wien.	15 245,65 bz	(SNV).....	5
London	3	8 T.	20,36 G.	do. Rente	5 82,00 G.	do. Weichselbahn	5 80,50 bz G	do. Gold-Prior.	5 101,40 G.
Paris	3	8 T.	80,95 B.	do. do. neue	5 92,00 bz G	Amst.-Rotterd.	6½ 160,00 bz	Südost. B. (Lb.)	3 67,00 bz B.
Wien	4	8 T.	174,85 bz	Stockh. Pf. 87.	4	Ital. Mittell...	5½ 130,00 G.	do. Obligation.	5 105,00 B.
—	4	3 W.	24,50 B.	do. St.-Anl. 87	3½ 92,60 bz G.	Ital. Merid.-Böh.	5 138,00 G.	do. Gold-Prior.	4 99,30 c.
—	4	3 W.	174,85 bz	Span. Schuld.	4 76,70 B.	Lützsch.-Lmb.	5 23,90 G.</		